

# VON LINKER RHETORIK UND ENTÄUSCHTEN HOFFNUNGEN

Ist die Linke in Lateinamerika wirklich via Wahlurne auf dem Vormarsch oder zähmt der Marsch durch die Institutionen auch den entschlossensten Revolutionär? Vor allem wirtschaftspolitische Sachzwänge zeigen jedem, der mit großen Ambitionen die Regierung übernimmt, seine eng gesteckten Grenzen. Oft sind nicht die, die am lautesten schreien, die erfolgreichsten Sozialreformer.

Von Ralf Leonhard

Vor vier Jahren übernahm mit Lula da Silva ein Hoffnungsträger der lateinamerikanischen Linken die Präsidentschaft Brasiliens, des mächtigsten und größten Landes Südamerikas. Die kontinentale Linkswende setzte sich fort mit Néstor Kirchner in Argentinien, Tabaré Vázquez in Uruguay, Evo Morales in Bolivien, Michelle Bachelet in Chile und schließlich Rafael Correa in Ecuador. In Caracas regiert der Linkspopulist Hugo Chávez bereits seit 1999. Außer Kolumbien, Paraguay und Peru (wenn man Guayana und Surinam, die historisch und kulturell eine Sonderstellung haben, außer Acht lässt), werden alle Länder des Subkontinents von erklärt linken Präsidenten und einer Präsidentin regiert.

Doch der Diskurs sozialer Gerechtigkeit und die Verwirklichung linker Ideale in der Politik sind zweierlei. Heute muss man in den wenigsten Staaten fürchten, wie einst Salvador Allende in Chile, von der Armee im Bunde mit dem Geheimdienst CIA weggeputscht zu werden. Die globalisierte Wirtschaft kennt

subtilere Mittel, um Politiker an die Kandare zu nehmen. Lula musste das schon vor seiner ersten Wahl zur Kenntnis nehmen. Ohne Bündnis mit einer rechtsliberalen Partei hätte er die Wahl gar nicht erst gewonnen. Und kaum an der Macht, hielt er es für wichtiger und taktisch klüger, das internationale Finanzkapital zu beruhigen, als sich um die Forderungen der Landlosenbewegung oder der Elendsviertelbewohner zu kümmern. Ein Weltbankkredit, der schon unter Vorgänger Fernando Henrique Cardoso mit den üblichen Auflagen genehmigt wurde, sorgte außerdem dafür, dass der wirtschaftspolitische Spielraum minimal blieb. Das Null-Hunger-Programm blieb ein schwacher Ersatz für das gesetzlich verankerte, aber nicht implementierte Grundeinkommen, und die Par-

teilinke wandte sich bald enttäuscht ab. Keiner erwartete, dass Lula dem Kapitalismus den Kampf ansagen und die Diktatur des Proletariats ausrufen würde. Doch etwas mehr Engagement für seine eigene Klientel hätte man doch erwarten dürfen. Auch in der zweiten Amtszeit sieht es nicht so aus, als würde sich an dieser Politik grundsätzlich etwas ändern.

Weniger Sachzwänge spürt Hugo Chávez, der in der bequemen Lage ist, munter sprudelnde Ölmilliarden nach Gutdünken verteilen zu können. Für die Sozialprogramme der sogenannten *misiones*, für den Umbau der Bolivarianischen Republik und für die Stärkung des eigenen Einflusses in Lateinamerika durch großzügige Kredite oder Spenden für seine Freunde in anderen Ländern. Ob Chávez linke Politik macht, ist umstritten. Die einen werfen ihm vor, mit seiner antiimperialistischen Rhetorik die blendenden

der sich inzwischen mit der Ausrufung einer Gegenregierung in eine politische Sackgasse manövriert hat.

Zur „alten“ Linken würde Castañeda zweifellos auch Daniel Ortega zählen, der in Nicaragua 17 Jahre nach seiner Wahlschlappe wieder an die Macht gekommen ist. Allerdings mit einer Allianz, die weder mit alten noch mit neuen linken Ideen das Geringste zu tun hat. Vor allem das möglicherweise wahlentscheidende Bündnis mit Kardinal Miguel Obando y Bravo bringt eine Anzahl von politischen Kompromissen mit sich, von denen der Einsatz Ortegas für ein radikales Abtreibungsverbot nur der aufsehenerregendste ist. Für Obandos weiteres Wirken soll jetzt eine eigene staatliche Versöhnungsinstanz geschaffen werden.

Die Einteilung in politische Kategorien auf der Grundlage von Diskursanalysen bietet selten taugliche Ergebnisse. Nicht selten werden unpopuläre Maßnahmen durch besonders radikale Rhetorik verschleiert. Andererseits ist es durchaus subjektiv, was als radikal oder revolutionär empfunden wird. Für einen bolivianischen Großgrundbesitzer, der über 1,3 Millionen Hektar herrscht, ist die in der Agrarreform geplante Einführung einer Obergrenze von 60.000 Hektar ein unerhörter Eingriff in

seine gewohnte Allmacht. Für europäische Beobachter ist es nicht mehr als eine Annäherung an eine sozial vertretbare Verteilung der Produktionsmittel.

Ähnlich verhält es sich mit der Anhebung von Mindestlöhnen und der politischen Beteiligung jener Bevölkerungsgruppen, die bisher keine Stimme hatten. Demokratische Mindeststandards in unseren Augen, Revolution für die Betroffenen. Für Brasilien war schon die Befreiung der Sklaven auf neofeudalen Landgütern ein revolutionärer Eingriff in die Herrschaft einer Oligarchie, die seit jeher die Politik bestimmt hat. In Bolivien wurde die Macht der transnationalen Konzerne zumindest verringert. Von den linken Politikern in Lateinamerika sollte man nicht erwarten, dass sie das Unterste zu oberst kehren. Schon wenn sie für ihre Bevölkerung ein Minimum an Würde erreichen, dürfen sie sich Revolutionäre nennen. □

---

## Der Diskurs sozialer Gerechtigkeit und die Verwirklichung linker Ideale in der Politik sind zweierlei.

---

Geschäftsverbindungen mit den USA zu kaschieren. Die anderen stoßen sich an der ständig zunehmenden Machtfülle des Präsidenten und dessen unverhohlenen Ambitionen, seine Amtszeit ad infinitum zu verlängern. Dazu kommen seine Verbrüderung mit dem iranischen Holocaust-Leugner Ahmadinedjad und eigene antisemitische Töne.

Intellektuelle wie der ehemalige mexikanische Außenminister Jorge Castañeda unterscheiden zwischen der „alten“ und „neuen“ Linken. Vertreter der Letzteren seien Modernisierer, der Ersteren Revanchisten. In die Kategorie der verwerflichen Revanchisten zählt er neben Chávez, Kirchner und Morales auch den gescheiterten mexikanischen Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador,